Protokoll Nr. 6/2022
über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Nachhaltigkeit und Klimaschutz
Donnerstag, 17. November 2022 von 16:31 Uhr bis 19:32 Uhr
Energietreff der Stadtwerke, 31785 Hameln
Öffentliche Tagesordnungspunkte

Anwesend waren:

Ausschussvorsitz

Thilo Meyer

Stellv. Ausschussvorsitz

Bettina Schultze

Ausschussmitglied

Murat Bas

Uwe Burhenne

Christian Fiebrandt

Dr. Markus Hedemann

Jan Hühnerberg

Hagen Langosch

Dr. Matthias Loeding

Gerhard Paschwitz

Katja Schütte

Rüdiger Zemlin

Fabian Zörkendörfer

Es fehlte entschuldigt

Ruth Hegemann (Seniorenrat)

Grundmandat

Klaus Pfisterer

beratendes Mitglied

Andrea Brenker-Pegesa (BUND/NABU/ADFC)

Kristina Winter (KliMotion)

Vertretung der Verwaltung

Hermann Aden (EStR)

Sven Szubin (FBL 5)

Lena Barsch (stellv. AL 55)

Gast

Kai Gnuschke (Betriebsleiter Kraftwerk Enertec Hameln GmbH)

Stefan Pöschel (Geschäftsführer Enertec Hameln GmbH)

Protokollführung

Julia Henschel (Abt. 51)

Herr Meyer begrüßte alle Anwesenden und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Anschließend fand die Einwohnerfragestunde von 16:31 Uhr bis 16:46 Uhr statt.

Nachfolgend trat der Ausschuss in die Tagesordnung ein.

Vorlage	TOP	Öffentliche Tagesordnungspunkte
	1.	Genehmigung des Protokolls Nr. 5/2022 vom 08.09.2022
	2.	Vortrag zum Fernwärmenetzausbau in Hameln von Herrn Stefan Pöschel (Geschäftsführer Enertec Hameln GmbH)
164/2022	3.	Maßnahmenplanung für das FFH-Gebiet Nr. 375 „Hamel und Herksbach mit Liethberg“
208/2022	4.	Projektberichte zu Maßnahmen im Fachbereich Umwelt und technische Dienste
206/2022	5.	Widmung mehrerer Straßen im Stadtgebiet von Hameln
210/2022	6.	Straßenreinigungsgebühren Fußgängerzone
191/2022	7.	Sachstandsbericht zu der Betriebsabrechnung 2021 der Friedhöfe
203/2022	8.	Neufassung der Friedhofssatzung und der Friedhofsgebührensatzung
207/2022	9.	Erhöhung der Parkgebühren
211/2022	10.	Liste der zu fällenden, das Stadtbild prägenden Bäume im Winterhalbjahr 2022/2023 und Kompensation
	11.	Berichterstattung Corona
	12.	Mitteilungen der Verwaltung
	13.	Anfragen, Anregungen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

TOP 1. Genehmigung des Protokolls Nr. 5/2022 vom 08.09.2022

Aus der Aussprache:

Die Abstimmung wurde mit folgender Ergänzung auf Seite 3 im Protokoll von Herrn Dr. Hedemann durchgeführt: *„Abschließend wollte Herr Dr. Hedemann von Herrn Brockmann wissen, ob er glaube, dass der Bund wirklich bereit sein werde, für eine innerörtliche Entlastungsstraße, angesichts von Energiekrise, Klimawandel und angekündigter Verkehrswende, diese enormen Summen auszugeben. Herr Brockmann teilte mit, dass er es nicht wisse. Diese Entscheidung obliege den zuständigen Bundesministerien bzw. der Bundespolitik.“*

Abstimmungsergebnis:

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 2. Vortrag zum Fernwärmenetzausbau in Hameln von Herrn Stefan Pöschel (Geschäftsführer Enertec Hameln GmbH)

Aus der Aussprache:

Herr Pöschel stellte den Fernwärmenetzausbau in Hameln anhand einer Präsentation vor.

(Anmerkung: Die Präsentation ist in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 17.11.2022 unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 2 ö – Fernwärmenetzausbau in Hameln“ einsehbar.)

Herr Dr. Hedemann fragte, ob mit der erzeugten Wärme die ganze Stadt Hameln versorgt werden könne. Herr Pöschel antwortete, dass durch die thermische Abfallbehandlung jährlich 380.000 t Abfall behandelt werden könne. Damit sei der Bedarf von ca. 15.000 Haushalten gedeckt. Weiter fragte Herr Dr. Hedemann, was mit ungenutzter Wärme passiere. Herr Pöschel antwortete, dass die ungenutzte Wärme zum größten Teil verstromt werde. 2025/26 werde eine neue Turbine in Betrieb genommen, die eine bessere Wärmeproduktion ermögliche.

Frau Schultze fragte, was ein Fernwärmehausanschluss für Eigentümer koste. Herr Gnuschke antwortete, dass dies auf die Gegebenheiten vor Ort ankomme. Zum Beispiel habe eine längere Leitung höhere Kosten zur Folge. Als grober Kostenrahmen seien 6.000 € - 12.000 € realistisch. Weiter wollte Frau Schultze wissen, ob oberirdische Leitungen die gleiche Funktion wie unterirdische Leitungen haben und was mit den Restschlacken passiere. Herr Gnuschke erklärte, dass beide Arten die gleiche Funktion haben. Oberirdische Leitungen werden v. a. in Industriegebieten genutzt. Diese Leitungen seien nicht anfälliger gegenüber der Witterung, sondern es sei vielmehr eine optische Frage. Bei den Restschlacken komme es auf die Bestandteile an. Organische Bestandteile würden vollständig verbrennen. Die mineralischen Bestandteile werden für den Straßenbau genutzt. Alle metallischen Bestandteile werden verkauft. Die Aufbereitung der Schlacke werde durch einen hochspezialisierten Baustoffaufbereiter durchgeführt.

Frau Schütte fragte, ob für mehr Strom nicht eine größere Menge Abfall benötigt werde. Eigentlich solle doch eine Reduzierung des Abfalls Priorität haben. Sie wollte wissen, ob Enertec Abfall aus dem Ausland zukaufe. Herr Pöschel stellte klar, dass Enertec höchstens 380.000 t Abfall verarbeiten könne. Für die zusätzliche Wärmeerzeugung suche Enertec momentan nach anderen Alternativen. Favorisiert werden momentan Windenergieanlagen und Photovoltaik-Anlagen auf Freiflächen. Der Abfall sei begehrt, aber Enertec als kommunales Unternehmen möchte die Energie auf andere Weise erzeugen als mit Zukäufen von Abfällen. Aktuell kaufe Enertec auch keinen Abfall aus weiterer Entfernung oder dem Ausland.

Herr Fiebrandt fragte, wie hoch die CO₂ Intensität der Fernwärme aussehe. Der biogene Kohlenstoffanteil betrage 52 %. Was beinhalten die anderen 48 %? Weiter wollte er wissen, wie der Fernwärmeausbau gestärkt bzw. unterstützt werden könne. Herr Gnuschke erläuterte, dass die Fernwärme aus einem biogenen Anteil und einem Verstromungsanteil bestehe. Wichtig sei der Primärenergiefaktor. Dieser kennzeichnet das Verhältnis von insgesamt aufgewendeter Primärenergie zur Endenergie beim Nutzer. Er bestimmt, welche Menge an Primärenergie aufzuwenden ist, um eine bestimmte Endenergiemenge bereitzustellen. Fernwärme hat im Gegensatz zu herkömmlichen Energieträgern einen positiven Faktor. Herr Pöschel fügte hinzu, dass die anderen 48 % v. a. aus Kunststoffen bestehen würden. Kunststoffanteile seien unvermeidbar. Von Enertec werde angestrebt, die 52 % des biogenen Anteils auf 65 % bis 2035 zu erhöhen. Dies sei allein mit Abfallverbrennung nicht möglich. Hier werde die Nutzung von Wind- und Sonnenenergie immer wichtiger.

Herr Aden fügte hinzu, dass es zwischen Enertec, der Stadt Hameln und den Stadtwerken bereits Kooperationen gebe. Zum Beispiel werde sich untereinander bei dem Neubau von Straßen über die Energieversorgung abgestimmt.

Herr Zemlin wollte wissen, inwieweit Enertec zur Klimaneutralität beitragen könne und wie die aktuelle Entwicklung aussehe. Herr Pöschel antwortete, dass er dies nicht fundiert beantworten könne. Die Entwicklung müsse abgewartet werden. Allerdings gebe es Kooperationen mit der Stadt Hameln und anderen Unternehmen. Weiter wollte Herr Zemlin wissen, wie die Entwicklung des Wärmepumpenausbaus aussehe. Herr Pöschel sagte dazu, dass in den nächsten zwei bis drei Jahren dazu eine Entscheidung getroffen werde.

Herr Langosch fragte nach dem Wirkungsgrad der Anlagen von Enertec. Herr Pöschel antwortete, dass der Wirkungsgrad mit dem einer Großanlage zu vergleichen sei. Herr Langosch fragte, ob bei einer ansässigen Anlage mit mehr Siedlungsmüll zu rechnen sei. Dazu konnte Herr Pöschel keine Angaben machen. Weiter wollte Herr Langosch wissen, ob Enertec über die Nutzung von Wasserstoff nachdenke. Herr Pöschel führte aus, dass darüber nachgedacht werde. In Hameln stehe man noch relativ am Anfang. In Bielefeld werde durch Elektrolyse bereits der ÖPNV mit Wasserstoff betrieben.

Frau Winter fragte, mit welchen Brennstoffen die Verbrenner im Leerlauf betrieben werden. Herr Pöschel erläuterte, dass Enertec einen Speicher für 10.000 t – 12.000 t Abfall besitze. Zudem sei ein Stützfeuer nicht notwendig. Nur beim An- und Ausmachen, das alle neun Monate durchgeführt werde. Enertec besitze einen 500 m³ Heizöltank und die Gasnutzung sei komplett eingestellt worden. Aus wirtschaftlicher Sicht sei eine vollständige Befeuerung mit Öl und Gas zu teuer.

Frau Brenker-Pegesa fragte, warum 30 % - 40 % des Verpackungsmülls ins Ausland verschickt und nicht auch verbrannt werden. Herr Aden antwortete, dass das Design der Verpackungen das Problem sei. Die unterschiedlichen Kunststoffarten können nicht getrennt werden. Mit dem Müllexport habe Enertec nichts zu tun. Daher sei eine fundierte Antwort nicht möglich.

TOP 3. Maßnahmenplanung für das FFH-Gebiet Nr. 375 „Hamel und Herksbach mit Liethberg“
164/2022

Beschlusstext:

Die Stadt Hameln beschließt die verpflichtend zu erstellende Maßnahmenplanung für das FFH-Gebiet Nr. 375 gemäß der beigefügten Anlage.

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Beschlussvorlage vor.

Herr Paschwitz zeigte sich enttäuscht, dass die Resonanz der betroffenen Bürger an der Mitwirkung der Maßnahmen so gering ausfiel. Er fragte nach möglichen Ursachen. Herr Aden erläuterte, dass dieses Ergebnis für die Verwaltung keine Enttäuschung darstelle. Vielmehr sei dies ein Ausdruck der guten Arbeit des Fachbereichs 5 Umwelt und technische Dienste. Durch intensiv geführte Gespräche mit den betroffenen Personen seien gute Abstimmungen möglich gewesen. Daher wurden weitere Informationsveranstaltungen von den Betroffenen nicht mehr benötigt. Er sei sehr zufrieden mit dem Verlauf der Maßnahmenplanung.

Herr Meyer gab den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 4. Projektberichte zu Maßnahmen im Fachbereich Umwelt und technische Dienste
208/2022

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Mitteilungsvorlage vor. Die Projektberichte werden zwei- bis dreimal im Jahr vorgestellt. Dadurch solle der Verlauf der Projekte transparent für die Politik sein.

Herr Paschwitz fragte zu Anlage 10 „Sanierung Marienthaler Straße“, ob es weitere Planungsschritte mit der DB gebe. Herr Szubin antwortete, dass keine weiteren Absprachen mit der DB durchgeführt worden sind. Es sei schwierig mit einem Großkonzern wie der DB konkrete Absprachen bei kleinen Bauprojekten zu treffen. Allerdings gehe die Planung mittlerweile in eine andere Richtung, die eine gemeinsame Planung mit der DB vermeiden würde.

Herr Dr. Hedemann bemängelte in Anlage 9 „Neubau Busbahnhof Linsingen“, dass anstatt Ada-Lessing-Park die alte Bezeichnung Linsingen gebraucht werde. Herr Szubin entschuldigte sich und sagte, dass in Zukunft Ada-Lessing-Park gebraucht werde. Frau Schultze lobte den Baufortschritt des Busbahnhofs Ada-Lessing-Park. Besonders durch die Baumanpflanzungen erkenne man eine Entwicklung.

Herr Pfisterer fügte hinzu, dass es sehr unwahrscheinlich sei, alle Projekte im Jahr 2023 umzusetzen. Er fragte, nach welchen Kriterien die Baumaßnahmen umgesetzt werden. Herr Aden antwortete, dass alle aufgelisteten Projekte bereits umgesetzt werden und dass die Berichte aktuelle Projektsachstände beschreiben.

TOP 5. Widmung mehrerer Straßen im Stadtgebiet von Hameln
206/2022

Beschlusstext:

Gem. § 6 in Verbindung mit den §§ 47 und 48 des Niedersächsischen Straßengesetzes in der Fassung von 24.09.1980 (Nds. GVBl. S. 359) in der z.Zt. geltenden Fassung wird die Widmung für den öffentlichen Verkehr der nachstehenden Straßen wie folgt beschlossen: □□□□als Gemeindestraße□□□□1.1 Zum Hasselndahle□□1.2 Ingrid-Friedheim-Straße□□1.3 Teil der Straße Bäckerwinkel ab Hausnummer 12□□1.4 Teil der Straße Auf dem Berge□□1.5 Teil der Straße Bruchberg□□□□als Gemeindestraße – Fuß- und Radweg□□□□2.1 Verbindungsweg zwischen Bäckerwinkel und Adlerstieg□□□□Die genauen Abgrenzungen ergeben sich aus den anhängigen Auszügen der Stadtkarte, die Bestandteil dieser Widmungen werden.□□Die Widmungen treten mit dem Tag der Bekanntmachung in Kraft.

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. Hedemann bedauerte, dass nur die Ingrid-Friedheim-Straße einen Frauennamen trage. Zudem sei der Bäckerwinkel nicht im Ortsrat behandelt worden. Er fragte, ob einen Unterschied zwischen Widmung und Benennung gebe. Herr Aden antwortete, dass die Benennung der Straßen bereits in den Jahren 2012/2013 erfolgte. Eine Widmung habe mit der Straßenbenennung nichts zu tun. Sie ist lediglich ein formeller Prozess, um eine Straße öffentlich zu widmen.

Herr Meyer gab den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 6. Straßenreinigungsgebühren Fußgängerzone
210/2022

Beschlusstext:

Die Gebühren für die Straßenreinigung in der Fußgängerzone für das Jahr 2023 werden unverändert, d.h. 35,00 € je Meter Straßenfront und Jahr, betragen.

Aus der Aussprache:

Herr Pfisterer meinte, dass es sich bei der Gebührenkalkulation um eine ungleiche Berechnung handelt. Die Gebühren sollten nicht je Meter Straßenfront, sondern je m²-Grundstücksfläche bemessen werden. Einige Straßen werden öfter im Jahr gereinigt als andere. Dadurch sind die Gebühren bei mehrmals zu reinigenden Straßen viel höher. Herr Aden erwiderte, dass die Gebührenkalkulation der Straßenreinigungsgebühren auf einem anerkannten Verfahren basieren. Momentan sei der Gebührensatz vertretbar niedrig und die Straßen seien sauber. Jeder könne mit der Straßenreinigungssatzung leben und eine neue Gebührenkalkulation stelle einen zu hohen Aufwand dar.

Herr Pfisterer fragte nach, warum die HaGeh + Mess Reinigungsgesellschaft GmbH & Co. KG nach m² abrechne. Herr Aden antwortete, dass die HaGeh + Mess ein Privatunternehmen sei und ihre eigene Preiskalkulation habe.

Herr Meyer gab den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 7. Sachstandsbericht zu der Betriebsabrechnung 2021 der Friedhöfe
191/2022

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Mitteilungsvorlage vor. Es werde ein Kostendeckungsgrad von 90 % - 95 % angestrebt. Im Bereich Friedhofswesen konnte ein Gesamtdeckungsgrad von 92,02 % erreicht werden. Bei den Produkten 552 Bestattungen und 554 Grabpflege liege der Kostendeckungsgrad noch nicht im Zielkorridor. Allerdings konnte 2021 eine positive Entwicklung beobachtet werden. So sei der Kostendeckungsgrad im Produkt 554 Grabpflege von 72,76 % im Jahr 2020 auf 85,5 % im Jahr 2021 angestiegen. Die Einsparungen zeigten Wirkung.

TOP 8. Neufassung der Friedhofssatzung und der Friedhofsgebührensatzung
203/2022

Beschlusstext:

1. Die als Anlage 1b beigefügte Satzung über die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Hameln (Friedhofssatzung) wird beschlossen.
2. Die als Anlage 2 beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Friedhöfe der Stadt Hameln (Friedhofsgebührensatzung) wird beschlossen.
3. Die Entgeltordnung zur Friedhofssatzung der Stadt Hameln vom 18.12.2019 tritt am 31.12.2022 außer Kraft.

Aus der Aussprache:

Herr Szubin stellte die Beschlussvorlage vor.

Herr Langosch stellte Fragen zu der Anlage 3 „Ergebnisse der Gebührenkalkulation im Überblick“. Zunächst wollte er wissen, warum die Gebühr für Reihengrabstätten für Totgeburten von 0 € auf 200 € angestiegen sei. Frau Barsch erklärte, dass eine Totgeburt über 500 g bestattungspflichtig sei. Um auch hier den Kostenaufwand abzudecken, sei eine symbolische Gebühr vorgeschlagen worden. Weiter wollte er wissen, warum die Gebühr für die Wahlgrabstätte in Lage A im Grabfeld N VII so stark gestiegen sei. Frau Barsch erläuterte, dass diese Grabstätten für die jüdischen Gemeindemitglieder vorgesehen seien. Die Ruhefrist bei jüdischen Grabstätten sei unbegrenzt. Daher sei die Gebühr auf die höchste Ruhezeit von 99 Jahren hochgerechnet wor-

den. Zuletzt fragte Herr Langosch, warum die Gebühr für die Gemeinschaftsgrabstätte von 0 € auf 3.365,00 € gestiegen sei. Frau Barsch erklärte, dass die Gemeinschaftsgrabstätte neu eingeführt worden sei.

Herr Paschwitz stellte heraus, dass es immer mehr Urnenbestattungen gebe. Zusätzlich würden Bestattungswälder immer beliebter. Wie schätze die Verwaltung in dem Hinblick auf die konkurrierende Bestattungsform der Bestattungswälder die Entwicklung des Haushalts in den nächsten Jahren ein? Herr Szubin antwortete, dass die Konkurrenz durch Bestattungswälder den Haushalt nicht allzu sehr negativ beeinflussen. Entscheidender sei der sehr hohe Anteil an Urnenbestattungen auf den städtischen Friedhöfen, dadurch gebe es z. B. viel größere Flächen, die vom Personal unterhalten werden müssen. Sollten Friedhöfe nicht ausreichend nachgefragt werden, könnten Teile der Friedhofsflächen entwidmet oder veräußert werden. Dies sei z. B. in Hastenbeck der Fall.

Frau Schultze merkte an, dass die Kalkulation der Gebühren für einen längeren Zeitraum durchgeführt werden müsse. Sie bemängelte, dass nicht auf jedem Friedhof alle Bestattungsformen angeboten werden. Herr Aden erläuterte, dass dies nicht möglich sei. Vor allem bei den Ortsfriedhöfen gebe es teilweise sehr schlechte Kostendeckungsgrade. Wenn jeder Friedhof alle Bestattungsmöglichkeiten anbiete, verschlechtere sich der Deckungsgrad weiter. Allerdings sei ein Austausch der Bestattungsformen möglich, wenn sich die Nachfrage ändere.

Herr Langosch wollte folgenden Änderungsantrag stellen: Die Gebühr für die Totgeburten sei zu erlassen. Herr Aden erwiderte, dass die Erhebung der 200 € auf der Gebührengerechtigkeit beruhe. Totgeburten über 500 g unterliegen einer Beisetzungs-pflicht. Würde hier eine Ausnahme gemacht, müssten die Gebühren u.U. auf die anderen Bestattungen umgelegt werden. Frau Barsch fügte hinzu, dass die 200 € bereits eine verminderte Gebühr sei. Außerdem sei eine Totgeburt über 500 g nicht mit einem Sternenkind zu verwechseln. Sternenkinder unterliegen keiner Bestattungs-pflicht. Auf Wunsch können diese aber kostenfrei beigesetzt werden. Eine kostenfreie Bestattung werde durch verschiedene Initiativen gewährleistet.

Herr Zörkendörfer stellte heraus, dass eine Totgeburt einen schweren Schicksals-schlag darstelle. Aufgrund des Solidaritätsprinzips müsste es möglich sein, mit einem Ratsbeschluss diesen Beitrag zu erstatten.

Herr Bas fügte hinzu, dass auch bei einer Totgeburt eine Gebühr entrichtet werden müsse.

Herr Aden unterbreitete folgenden Vorschlag: Es werde geprüft, welche Auswirkungen ein Verzicht auf die Einführung des Gebührentatbestandes habe. Sollte ein Ver-zicht unter den erläuterten Umständen nicht möglich sein, dann werde ein Alternativ-vorschlag für die weitere Gremienberatung unterbereitet. Trotzdem sollte heute über den Beschlussvorschlag abgestimmt werden.

Ein Änderungsantrag wurde nicht gestellt. Herr Meyer gab den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11 Nein: 0 Enthaltung: 2

TOP 9. Erhöhung der Parkgebühren

207/2022

Beschlusstext:

Die 1. Änderung der Verordnung über die Erhebung von Parkgebühren in der Stadt Hameln - Parkgebührenverordnung - (Anlage 1) wird beschlossen.

Aus der Aussprache:

Herr Aden stellte die Beschlussvorlage vor.

Herr Aden fügte hinzu, dass die Veränderung und Ausweitung der Parkzonen noch geprüft und dazu im kommenden Jahr eine entsprechende Beschlussvorlage unterbreitet werde.

Herr Pfisterer fragte, ob es die Möglichkeiten gebe, die Parkplatzgebühr in der Innenstadt geringer zu halten. Viele Parkplatzsuchende müssten lange fahren, um einen Parkplatz zu finden. Der Kastanienwall könne in Zone I angehoben werden. Die Emmerstraße solle aber in Zone II verbleiben. Herr Aden antwortete, dass das Parkraumkonzept ein Thema im kommenden Jahr sei. Im Ergebnis sollen der ÖPNV und das Fahrrad mehr genutzt werden.

Herr Zemlin stellte heraus, dass weniger PKWs das Ziel seien. Dies könne aber nicht allein durch eine Anhebung der Gebühren erreicht werden. Ein ganzheitliches Konzept sei nötig. Die Gebührekalkulation sei ohne Angaben zur Auslastung der Parkflächen nicht nachvollziehbar. Die hohen Parkgebühren würden Touristen und potentielle Käufer davon abhalten, nach Hameln zu kommen. Zudem müssten die Gebühren nicht erhöht, sondern gesenkt werden, um im Wettbewerb mit anderen Kommunen bestehen zu können.

Frau Schultze erwiderte, dass nur eine Hochrechnung der Gebühren durchgeführt werden könne. Zudem müsse der Fokus auf die ökologischen Auswirkungen gelegt werden.

Herr Paschwitz zeigte sich erfreut über die zunehmende Nutzung des ÖPNV und des Fahrrades. Dadurch bestehe die Möglichkeit, dass auch das Anwohnerparken abnehme. Eine Entwicklung sei aber nicht vorhersehbar. Problematisch sei, dass die Supermärkte große Parkflächen hätten. Das Parkplatzproblem könne sich in den nächsten Jahren auf diese Parkflächen verlagern. Die Bürger müssen vor dem Hintergrund der Inflation überzeugt werden, die Gebühren zu zahlen. Herr Paschwitz fragte, ob eine Modifizierung der Gebühren möglich sei. Herr Aden antwortete, dass dies eher eine Frage der Politik und nicht der Verwaltung sei. Der vorliegende Vorschlag sei eine direkte Folge des Ratsbeschlusses über die Zielvereinbarung mit dem Land Niedersachsen zur Erreichung einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung.

Herr Paschwitz stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung, die Beschlussvorlage soll in diesem Umweltausschuss (17.11.) nicht zur Abstimmung gestellt werden, aber trotzdem behandelt werden.

Herr Meyer gab den Antrag zur Geschäftsordnung zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Ja 5 Nein 8 Enthaltungen 0

Der Antrag zur Geschäftsordnung wurde abgelehnt.

Frau Schütte und Herr Langosch fügten zu dem abgelehnten Antrag hinzu, dass über diesen Sachverhalt bereits ausgiebig diskutiert worden sei. Eine Gebührenerhöhung sei unumgänglich. Frau Brenker-Pegesa pflichtete ihren Vorrednern bei. Eine Gebüh-

rensenkung hätte ein höheres Verkehrsaufkommen zur Folge. Die Bevölkerung erwarte, dass eine Verkehrswende zum Klimaschutz komme. Dafür müsse die Politik die Richtung vorgeben.

Herr Meyer gab den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 8 Nein 4 Enthaltungen 1

**TOP 10. Liste der zu fällenden, das Stadtbild prägenden Bäume im Winterhalbjahr
211/2022 2022/2023 und Kompensation**

Aus der Aussprache:

Herr Aden stellte die Mitteilungsvorlage vor. Herr Aden fügte hinzu, dass sich die Nachpflanzungen aus verschiedenen Gründen verzögerten. Zum Beispiel sei im Stadtgebiet durch die Versiegelung nur wenig Platz für Nachpflanzungen. Zudem sei die personelle Situation angespannt.

Herr Pfisterer fragte, wann die Bäume in der Fußgängerzone gepflanzt werden. Herr Aden antwortete, dass die Maßnahme in der kommenden Pflanzperiode, also Oktober bis März, durchgeführt werde. Möglicherweise könne der Baum im Bereich des Kaiserbrunnens nicht am vorgegebenen Standort gepflanzt werden. Der dortige Brunnen habe technische Probleme. Es werde überlegt, den Bereich neu zu konzipieren und die Brunnenanlage zu ändern. Daher könne der Baum jetzt noch nicht gepflanzt werden.

Herr Dr. Hedemann zeigte sich enttäuscht, dass erst vier Jahre nach der Fällung Neuanpflanzungen durchgeführt werden. An vielen Stellen seien Neuanpflanzungen weniger wichtig als in anderen Bereichen. Es wäre besser, wenn die Neuanpflanzungen sich auf diese „akuten Gebiete“ konzentrieren würden. Er fragte, wann das Antrittsverprechen von Herrn OB Griese, 3.000 Bäumen zu pflanzen, umgesetzt werde. Herr Aden ermunterte alle Ausschussmitglieder dazu, Vorschläge für Orte zu machen, wo Neupflanzungen durchgeführt werden können. Es sei sehr schwierig geeignete Standorte zu finden, da es im öffentlichen Bereich viele Nutzungskonflikte gebe.

Frau Brenker-Pegesa befürchtete, dass die Klimabilanz weiter abnehmen werde. In Hameln werde eine 1:1 Nachpflanzung durchgeführt. Tatsächlich werden für einen gefälltten alten Baum aber bis zu 50 neue Bäume benötigt. Daher stelle sich die Frage, wie die alten Bäume geschützt werden können. Im Fokus stehe die Bewässerung der Bäume in den heißen Sommermonaten. Der BUND/NABU/ADFC sei bereit, in einer Sitzung weiter Vorschläge zum Schutz der Stadtbäume auszuarbeiten.

Frau Schultze stimmte Frau Brenker-Pegesa zu. Eine ausreichende Bewässerung sei unerlässlich. Problematisch sei dies bei alten Bäumen. Diese befänden sich oft an verdichteten Standorten, wo keine Bewässerungsvorrichtungen errichtet werden können. Frau Schultze fragte, was mit dem gefälltten Holz der Stadtbäume passiere. Herr Szubin antwortete, dass es bei der Stadt zwei Szenarien gebe. Fülle eine externe Firma die Bäume, nehme diese das Holz i.d.R. direkt mit. Der Holzpreis werde in der Rechnung verrechnet. Wenn der Betriebshof die Bäume fälle, werde das Holz vom Betriebshof aufbereitet und in den Bauwagen des Betriebshofes verfeuert.

TOP 11. Bericht zur aktuellen Corona-Situation

Aus der Aussprache:

Herr Aden erläuterte, dass ab jetzt in den Sitzungseinladungen auf die Maskenpflicht bis zum Sitzplatz hingewiesen werde. Eine medizinische Maske sei aber ausreichend.

Auf dem Betriebshof könne eine Kolonne aufgrund des hohen Krankenstands nicht mehr ausrücken.

TOP 12. Mitteilungen der Verwaltung

Aus der Aussprache:

Herr Szubin berichtete über den Stand der LED-Umrüstung. In der Kernstadt müssen noch 44 % der Straßenleuchten ausgetauscht werden. Mit der Planung der LED-Umrüstung seien vornehmlich zwei Mitarbeiter*innen beschäftigt. Ein Mitarbeiter werde die Stadtverwaltung zum Jahresende verlassen. Somit könne sich die Umsetzung verzögern, bis die Stelle nachbesetzt werde. Auf einer Übersichtskarte seien die Maßnahmen für 2023 dargestellt. Nicht zu verwechseln sei die Umrüstung mit der Nachtabstimmung. In der Kernstadt sei diese bereits umgesetzt worden. In den Ortschaften werde jetzt mit der Umstellung begonnen. Eine Anpassungsdauer von 4 – 6 Wochen sei realistisch.

(Anmerkung: Der Sachstandsbericht sowie zwei Übersichtskarten sind in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 17.11.2022 unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 12 ö – Sachstand LED-Umrüstung“ einsehbar.)

Der Sanierungsbeginn der Marienthaler Straße ist für den Januar 2023 avisiert. Der Zeitplan sei, stand heute, nicht gefährdet. Ursprünglich sollte Ende dieses Jahres begonnen werden. Da die Baustelle unmittelbar vor der Weihnachtszeit eingerichtet hätte werden sollen und dann die Baufirma in die Winterferien gegangen wäre, habe man sich für ein Einrichten der Baustelle im Januar 2023 entschieden.

Herr Szubin informierte den Ausschuss darüber, dass die Stadt Hameln als fahrradfreundliche Kommune rezertifiziert worden sei. Hervorgehoben wurden z. B. die zunehmenden Fahrradabstellmöglichkeiten. Die Zertifizierung sei von 2023 bis 2027 befristet.

(Anmerkung: Das Zertifikat ist in PV-Rat bei den Sitzungsdetails der Sitzung vom 17.11.2022 unter der Bezeichnung „Anlage zu TOP 12 ö – Zertifikat der radfreundlichen Kommune“ einsehbar.)

TOP 13. Anfragen, Anregungen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Aus der Aussprache:

Herr Zörkendörfer bat darum, die aktuellen Öffnungszeiten für den Bürgergarten auf der städtischen Internetseite zu aktualisieren. Er wunderte sich, dass trotz der hohen Beliebtheit die Schließzeit im Oktober bei den milden Temperaturen bei 18 Uhr sei. Bei gutem Wetter könne der Bürgergarten bis 19 Uhr geöffnet bleiben. Herr Szubin entgegnete, dass dieses Oktoberwetter für diese Jahreszeit nicht üblich sei. Eine flexiblere Schließzeit sei schwierig, da die Stadt einen Vertrag mit einem externen Schließdienst habe.

Herr Paschwitz informierte darüber, dass der Umweltausschuss seit 2020 ein Patenschaftsbeet im Bürgergarten unterhalte. Er würde eine weitere Fortsetzung, vor allem im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit, begrüßen.

gez. Aden

gez. Meyer

gez. Henschel

Erster Stadtrat

Ausschussvorsitzender

Protokollführung